



DIE LINKE.

Fraktion P r e n z l a u

DIE LINKE.
Fraktion der SVV Prenzlau
Der Vorsitzende

DIE LINKE, Diesterwegstr. 6, 17291 Prenzlau
☎ 03984 – 5172 ☎ 03984 – 806010 ☎ 0171 – 7345355
✉ uckermark@dielinke-uckermark.de jorge1966@web.de

Stellungnahme/Position
öffentlich

21.02.2013

Prenzlauer Mietspiegel 2013

Herr Vorsitzender, Herr Bürgermeister, verehrte Damen und Herren.

Der Mietspiegel ist ein wesentliches Instrument. Es bedarf hoher Sorgfalt und der klaren Einhaltung der vorgegebenen Regularien bei der Erstellung.

Wir wissen, dass wir mit dem Mietspiegel keinen Einfluss auf die Miethöhen oder die Wohnungsunternehmen nehmen können. Einzig unseren kommunalen Wohnungsanbieter können wir begrenzt in seiner Preispolitik beeinflussen.

Der Mietspiegel 2013 enthält eine Reihe von Problemen. Dem Verfahren zur Erhebung der Datensätze fehlt es unserer Auffassung nach an dem, was das BGB unter „repräsentativer Zufallsstichprobe“ versteht und die Wissenschaftlichkeit ist, trotz aller Ausführungen, Herr Bürgermeister, nicht erkennbar. Eine umfassende Dokumentation der angewendeten Methode ist nicht gegeben. Zudem fehlt uns – wenn auch eine Entscheidung der Arbeitsgruppe dies nicht erforderlich macht – die quartiersbezogene Darstellung. Mieten in Dedelow werden mit denen in der Kernstadt gleichermaßen betrachtet. Und auch in Prenzlau gibt es klare Unterschiede.

Wir wissen, dass der Mieterverein dem Mietspiegel nach einigen Hin und Her letztlich zugestimmt hat. Wir können dies nicht tun, wollen aber auch dem Mietspiegel keine generelle Absage erteilen. Daher wird sich die Fraktion DIE LINKE. Prenzlau bei der Abstimmung mehrheitlich enthalten.

Eine Anmerkung außerhalb des Mietspiegels sei erlaubt: Prenzlau liegt in einem Teil seiner Mieten deutlich über den Werten vergleichbarer Städte, teilweise sogar über dem von Berlin. Der fade Beigeschmack bleibt, dass das Mietniveau in Prenzlau in den letzten vier Jahren stärker angestiegen ist als dies noch mit der Begrifflichkeit „normal“ bezeichnet werden darf. Wir muten den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt viel zu. Unserer Ansicht nach muss eine Regelung von der Bundesebene kommen, die das Wohnen bezahlbar hält.

Vielen Dank.